

Honorarvertrag

zwischen

JUGEND für Europa (nachfolgend JfE genannt), **Nationale Agentur die EU-Programme Erasmus+ Jugend, Erasmus+ Sport und Europäisches Solidaritätskorps**
-vertreten durch Manfred von Hebel (Geschäftsleitung)-
(Rechtsträger: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.)
Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn

- im Folgenden „Auftraggeberin“ -

und

.....

- im Folgenden „Auftragnehmer/in“ -

wird folgender Vertrag über eine freie Mitarbeit geschlossen.

§ 1 - Vertragsgrundlage, Vertragsgegenstand

- (1) Die Durchführung dieses Vertrages bezieht sich auf die Ausschreibung Externe Koordination Jugendfestival 2026 Los 1 vom insbesondere auf:
 - Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung
 - Angebot des/der Auftragnehmers/in
 - die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen VOL/B,
 - die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Die vorstehend aufgeführten leistungsbeschreibenden Bestandteile und der Vertrag gelten im Sinne einer einheitlichen Leistungsbeschreibung.
- (3) AGB des/der Auftragnehmers/in sind kein Vertragsbestandteil.
- (4) Der/die Auftragnehmer/in wird für die Auftraggeberin im Rahmen des Projektes in freier Mitarbeit tätig und verpflichtet sich, die Leistungen gemäß Ausschreibung wahrzunehmen.
- (5) Der/die Auftragnehmer/in sichert zu, in Fällen gesundheitsbedingter bzw. krankheitsbedingter Einschränkungen eine gleich qualifizierte und erfahrene Person zum Zwecke der Vertretung zu organisieren. Die Vertretung steht unter Genehmigungsvorbehalt der Auftraggeberin.

§ 2 - Weisungsfreiheit

- (1) Den erteilten Auftrag führt der/die Auftragnehmer/in mit der erforderlichen Sorgfalt in eigenunternehmerischer Verantwortung aus. Er/sie unterliegt bei der Durchführung der von ihm/ihr übernommenen Aufgaben keinem Weisungs- und Direktionsrecht der Auftraggeberin.

- (2) Nicht als Weisungen im vorstehenden Sinne gelten jedoch allgemein von der Auftraggeberin erlassene Regelungen, die in ihrem Aufgabenfeld für jeden Dritten gelten sowie sonstige Vorgaben, die dem/ der Auftragnehmer/in für die Durchführung der Tätigkeit in allgemeiner Form gegeben werden.

§ 3 - Arbeitszeit/Arbeitsort

- (1) Der/die Auftragnehmer/in unterliegt hinsichtlich der Bestimmung und Ausgestaltung seiner/ihrer Arbeitszeit keinen Beschränkungen oder Auflagen der Auftraggeberin. Er/sie wird jedoch die mit der Auftraggeberin vereinbarten Durchführungs- und/oder Fälligkeitstermine berücksichtigen und einhalten. Der/die Auftragnehmer/in ist verpflichtet, der Auftraggeberin eine absehbare Verzögerung oder längere Verhinderung unverzüglich anzuzeigen.
- (2) Der/die Auftragnehmer/in ist in der Bestimmung seines/ihrer Arbeitsortes frei, sofern sich nicht aus Besonderheiten der übernommenen Tätigkeit etwas anderes notwendigerweise ergibt.
- (3) Sollte zur Erfüllung der übernommenen Aufgabe vorübergehend eine Anwesenheit des/der Auftragnehmers/Auftragnehmerin in den Geschäftsräumen der Auftraggeberin erforderlich sein, so werden sich die Parteien hierüber im Voraus informieren und verständigen.

§ 4 - Konkurrenz/Verschwiegenheit

- (1) Der/die Auftragnehmer/in darf auch für andere Auftraggeber tätig sein.
- (2) Der/die Auftragnehmer/in verpflichtet sich, über ihm/ihr im Rahmen seiner/ihrer Tätigkeit bekannt gewordene Interna, insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Auftraggeberin, Stillschweigen zu bewahren. Die Verpflichtung ist auch auf etwaige von ihm/ihr eingesetzte Ersatzkräfte auszudehnen.

§ 5 – Honorar

- (1) Der/die Auftragnehmer/in erhält für die vereinbarten Dienstleistungen ein Honorar, das in der Leistungsbeschreibung und dem Angebot spezifiziert ist.
- (2) Die Vergütung richtet sich nach den jeweils gültigen SALTO-Tagessätzen (netto, zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer) und berechnet sich für die Jahre 2026 wie folgt:
- Tagessatz: 340 EUR
 - Tage: 25
 - Gesamtbetrag pro Expert*in: 8500 Euro inkl./zzgl. Umsatzsteuer
- (3) Die Auszahlung der Vergütung steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung der entsprechenden TCA-Mittel durch die Europäische Kommission. Sollte die Bewilligung der Mittel nicht oder nur teilweise erfolgen, besteht kein Anspruch auf Auszahlung oder vollständige Auszahlung der Vergütung.
- (4) Sollte während der Auftragsdurchführung absehbar sein, dass der Maximalbetrag überschritten wird, ist der/die Auftragnehmer/in verpflichtet, die Auftraggeberin unverzüglich schriftlich zu informieren. Eine Überschreitung ist nur mit schriftlicher Begründung und nach ausdrücklicher Zustimmung der Auftraggeberin möglich, wobei die Überschreitung 20% des ursprünglich vereinbarten Honorars nicht übersteigen darf.
- (5) Das Honorar ist zahlbar auf das in der Rechnung angegebene Konto.
- (6) Reise- und Fahrtkosten werden nur erstattet, sofern sie zur Durchführung des Auftrags erforderlich waren und vorab schriftlich durch die Auftraggeberin genehmigt wurden. Die Erstattung erfolgt ausschließlich gegen Vorlage geeigneter Nachweise (z. B. Fahrkarten, Rechnungen, Quittungen).

Flug- und Bahntickets werden höchstens bis zur Höhe des Tarifs der 2. Klasse bzw. Economy Class anerkannt. Bei Nutzung eines privaten Kraftfahrzeugs wird eine Wegstreckenentschädigung von 0,28 Euro pro Kilometer gewährt, maximal jedoch 130 Euro pro Reise. Die entstandenen Kosten sind durch die Auftragnehmerin im Rahmen der Rechnungsstellung unter Beifügung der entsprechenden Belege sowie, sofern vorgesehen, unter Verwendung des vorgesehenen Reisekostenformulars geltend zu machen. Die Abrechnung der Reisekosten hat spätestens sechs Monate nach Abschluss des jeweiligen Tätigkeitszeitraums zu erfolgen. Nach Ablauf dieser Frist können Reisekosten grundsätzlich nicht mehr berücksichtigt werden.

- (7) Weitere Kosten werden nicht erstattet, sofern diese nicht ebenfalls im Vorfeld mit der Auftraggeberin schriftlich abgestimmt worden sind.
- (8) Der/die Auftragnehmer*in ist berechtigt, während der Vertragslaufzeit eine Zwischenabrechnung über die bis dahin nachweislich erbrachten Leistungen einzureichen. Die Zwischenabrechnung kann frühestens nach Erbringung eines wesentlichen Teils der vereinbarten Leistungen erfolgen. Der Zwischenabrechnung sowie der Schlussabrechnung ist jeweils eine nachvollziehbare, tabellarische Aufstellung der erbrachten Tätigkeiten einschließlich Datum, Zeitumfang und Tätigkeitsbeschreibung beizufügen. Die Schlussabrechnung erfolgt nach vollständiger Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Soweit Umsatzsteuer anfällt, ist diese in den Rechnungen gesondert auszuweisen.
- (9) Die Auftraggeberin gleicht die Rechnung durch Überweisung auf ein Bankkonto einer Geschäftsbank mit Sitz in der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungserhalt aus.
- (10) Die Parteien gehen übereinstimmend davon aus, dass die Tätigkeit im Rahmen einer selbstständigen freiberuflichen Leistungserbringung erfolgt. Für die steuerliche Behandlung sowie für die Entrichtung etwaiger Sozialversicherungsbeiträge ist der/die Auftragnehmer*in selbst verantwortlich.

§ 6 - Abgaben und Steuern; Statusfeststellung

- (1) Der/die Auftragnehmer*in ist für die ordnungsgemäße Versteuerung der Vergütung sowie für die Erfüllung etwaiger sozialversicherungsrechtlicher Pflichten selbst verantwortlich.
- (2) Sofern dies für die rechtliche Einordnung des Vertragsverhältnisses erforderlich ist, wirkt der/die Auftragnehmer*in an einem Statusfeststellungsverfahren nach § 7a SGB IV mit.

§ 7 - Haftung

Der/die Auftragnehmer/in haftet für alle Schäden, die auf einer schuldhaften Verletzung der vertraglich übernommenen Pflichten beruhen, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

§ 9 - Ausfall

Wenn der/die Auftragnehmer/in unvorhersehbar ausfällt, können die bis dahin angefallenen Zeiten mit entsprechender Begründung des Ausfalls und Nachweis der bis dahin angefallenen Tätigkeiten abgerechnet werden. Kann der/ die Auftragnehmer/in die Veranstaltung aus anderen, selbst zu verantwortenden Gründen nicht umsetzen, ist er/ sie verpflichtet, in Abstimmung mit der Auftraggeberin gleichwertigen Ersatz zu den gleichen Konditionen zur Verfügung zu stellen. Die Übergabe wird in diesem Fall durch den/ die Auftragnehmer/in gewährleistet, ohne dass der Auftraggeberin dadurch zusätzliche Kosten entstehen.

§ 10 - Kündigung

- (1) Für das Vertragsverhältnis gelten die gesetzlichen Kündigungsregelungen.
- (2) Beide Vertragsparteien definieren die folgenden Umstände als wesentliche Vertragspflichten:
 - die verspätete, unvollständige oder sonst wie fehlerhafte Übergabe der Vertretung,
 - mehrfache Säumnisse im Rahmen der Kommunikation (fehlende Rückmeldungen) oder Anwesenheit (Nichtteilnahme an Treffen), mindestens 3-mal mit Abmahnung gerügt.
- (3) Ein Verstoß gegen diese wesentlichen Vertragspflichten stellt einen wichtigen Grund gemäß § 626 BGB dar.
- (4) Beide Parteien können das Vertragsverhältnis bei Vorliegen des genannten wichtigen Grundes gemäß § 626 BGB außerordentlich fristlos kündigen.
- (5) Im Falle der Kündigung verliert der/ die Auftragnehmer/in den Anspruch auf Vergütung aus § 5.
- (6) Das Vertragsverhältnis endet nach Erbringung der Leistung, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (7) Jede Vertragspartei kann das Vertragsverhältnis unter Beachtung der in § 621 BGB genannten Fristen kündigen. Das Recht zur weitergehenden gesetzlichen außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.

§ 11 Datenschutz

- (1) Der/ die Auftragnehmer/in verpflichtet sich zur Vermeidung von Interessenkonflikten gem. Kapitel 4 Art. 61 (1) der EU-Haushaltsordnung sowie zur Verschwiegenheit über die ihm/ ihr zur Kenntnis gelangten Informationen ("Erklärung über das Nichtvorliegen eines Interessenskonflikts und die Wahrung der Vertraulichkeit" anbei).
- (2) Im Rahmen der Leistungserbringung kann eine Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere von Kontakt- und Kommunikationsdaten von Trainerinnen, Alumni, Moderatorinnen und Teilnehmenden, erforderlich werden. Der/die Auftragnehmer*in verpflichtet sich, sämtliche datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sowie die Verordnung (EU) 2018/1725, einzuhalten.
- (3) Für den Fall, dass eine Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu) sowie der europäischen Datenschutzverordnung für Institutionen (EU-DPR 2018/1725) vorliegt, sichert der/ die Auftragnehmer/in zu, die vorgenannten Regelungen zur Datenverarbeitung zu beachten und einzuhalten. Seitens der Auftraggeberin wird die Verarbeitung und Nutzung der im Zusammenhang mit diesem Auftrag zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten und betrieblichen Interna ausdrücklich untersagt. Der/ die Auftragnehmer/in unterliegt grundsätzlich dem Datengeheimnis, das sich auch nach Beendigung der Tätigkeit fortsetzt. Der/ die Auftragnehmer/in ist gemäß den vorher genannten Verordnungen verpflichtet, die personenbezogenen Daten unverzüglich nach Durchführung des Auftrags unwiederbringlich zu löschen, soweit sie im Rahmen der Auftragsdurchführung nicht mehr benötigt werden.
- (4) Der/ die Auftragnehmer/in sorgt dafür, dass alle Personen, die von ihm/ ihr mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und der Auftraggeberin auf Verlangen nachzuweisen.
- (5) Die Auftraggeberin kann den Vertrag außerordentlich kündigen, wenn der/ die Auftragnehmer/in ihren Pflichten gemäß den Absätzen 1 und 2 innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht

nachkommt und die Pflichtverletzung zu vertreten hat. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeberin ein weiteres Festhalten am Vertrag nicht zumutbar ist, weil der/ die Auftragnehmer/in Datenschutzvorschriften vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat.

- (6) Die Verpflichtungen zum Datenschutz gelten über das Ende dieses Vertrages hinaus.

§ 12 Geheimhaltung

- (1) Der/ die Auftragnehmer/in hat sicherzustellen, dass die mit der Erfüllung ihrer Verpflichtung aus diesem Vertrag betrauten Personen alle in diesem Zusammenhang erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich behandeln, insbesondere nicht an Dritte weitergeben oder in anderer Weise als für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen verwenden.
- (2) Vertrauliche Informationen sind Angaben, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind. Dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden.
- (3) Die Beauftragung Dritter zur Erfüllung der vertraglichen Leistungen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin. Soweit eine Zustimmung erteilt wird, hat der/die Auftragnehmer*in sicherzustellen, dass die eingesetzten Personen mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet werden.
- (4) Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die dem/ der Auftragnehmer/in bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb der Rahmenvereinbarung ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
- (5) Der /die Auftragnehmer/in sichert alle im Zusammenhang mit dem Auftrag zur Kenntnis gelangten bzw. gefertigten Informationen und Unterlagen sowie davon gefertigte Abschriften, Ablichtungen oder andere Vervielfältigungen gegen eine nicht vertragsgemäße Nutzung, Vervielfältigung und Weitergabe.
- (6) Von dienstlichen Schriftstücken, Zeichnungen etc., die dem/ der Auftragnehmer/in bzw. ihren Erfüllungsgehilfen im Rahmen der Vertragserfüllung zugänglich gemacht werden, dürfen ohne vorherige Zustimmung der Auftraggeberin weder Abschriften noch Ablichtungen oder andere Vervielfältigungen gefertigt werden. Dies gilt ausdrücklich auch für Vervielfältigungen in nur elektronisch lesbarer Form.
- (7) Der/ die Auftragnehmer/in ist auf Verlangen der Auftraggeberin zur Herausgabe der vorgenannten Unterlagen und Vervielfältigungsstücke und zur Auskunft über deren genaue Anzahl und ihren Verbleib verpflichtet.
- (8) Die Verpflichtungen zur Geheimhaltung gelten über das Ende dieser Rahmenvereinbarung hinaus.

§ 13 Rechte an der Leistungserbringung

- (1) Der/die Auftragnehmer*in räumt der Auftraggeberin an sämtlichen im Rahmen dieses Vertrages erstellten Arbeitsergebnissen ein ausschließliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes Nutzungsrecht ein.
- (2) Die Nutzungsrechte umfassen insbesondere Konzepte, Programmplanungen, Ablaufpläne, Moderationsleitfäden, Methodenbeschreibungen, Präsentationen, Kommunikationsmaterialien, Dokumentationen, Auswertungen sowie sonstige im Rahmen der Vertragsdurchführung erstellte Unterlagen.

- (3) Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Leistungsergebnisse zu vervielfältigen, zu bearbeiten, weiterzuentwickeln, zu veröffentlichen, zu verbreiten und für eigene Zwecke oder im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung durch Dritte nutzen zu lassen.
- (4) Die Rechteeinräumung erfolgt mit der jeweiligen Erstellung des Leistungsergebnisses und ist mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.
- (5) Der/die Auftragnehmer*in sichert zu, über die für die Rechteeinräumung erforderlichen Rechte zu verfügen und keine Rechte Dritter zu verletzen.
- (6) Originalunterlagen und digitale Arbeitsstände, die für die weitere Nutzung oder Bearbeitung durch die Auftraggeberin erforderlich sind, sind spätestens mit Abschluss des Auftrags in geeigneter Form zu übergeben.
- (7) Eine Verpflichtung der Auftraggeberin zur Nennung des/der Auftragnehmerin als Urheberin besteht nicht.
- (8) Die vorstehenden Regelungen gelten über die Beendigung des Vertrages hinaus.

§ 14 - Sonstiges

Von der Möglichkeit des Abschlusses eines Arbeitsvertrages ist in Anwendung des Grundsatzes der Vertragsfreiheit bewusst kein Gebrauch gemacht worden. Eine Umgehung arbeitsrechtlicher oder arbeitsgesetzlicher Schutzvorschriften ist nicht beabsichtigt. Dem/der Auftragnehmer/in soll vielmehr die volle Entscheidungsfreiheit bei der Verwertung seiner/ihrer Arbeitskraft belassen werden. Eine über den Umfang dieser Vereinbarung hinausgehende persönliche, wirtschaftliche oder soziale Abhängigkeit wird nicht begründet.

§ 15 - Nebenabreden

- (1) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht.
- (2) Änderungen, Ergänzungen und die Aufhebung des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, sofern sie nicht durch individuelle Abreden erfolgen; dies gilt auch für die Aufhebung dieses Absatzes.
- (3) Die etwaige Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht.
- (4) Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Auftragnehmerin sind ausgeschlossen.
- (5) Der ausschließliche Gerichtsstand ist Bonn.
- (6) Auf die Vertragsbeziehung zwischen den Parteien ist nur deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts anwendbar.

Bonn, xx.xx.xxxx

Manfred von Hebel
Geschäftsleitung

Auftragnehmer/-in